



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel, Jürgen Baumgärtner, Sandro Kirchner, Josef Zellmeier, Martin Bachhuber, Eric Beißwenger, Hans Herold, Johannes Hintersberger, Michael Hofmann, Dr. Gerhard Hopp, Jochen Kohler, Harald Kühn, Dr. Beate Merk, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Berthold Rüth, Ulrike Scharf, Josef Schmid, Angelika Schorer, Thorsten Schwab, Klaus Stöttner, Steffen Vogel, Martin Wagle, Ernst Weidenbusch, Georg Winter** und **Fraktion (CSU)**,

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Rainer Ludwig, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Robert Riedl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 18/20550

Energiepreisexplosion – Maßnahmenpaket zur Entlastung der energieintensiven Unternehmen in Bayern

Der Landtag stellt fest, dass der fortschreitende massive Anstieg der Energiepreise sowie die mittlerweile erreichte Höhe der Energiepreise mit großer Sorge zu betrachten sind und dieser Entwicklung dringend entgegengewirkt werden muss. Sowohl für die privaten Haushalte als auch für die Unternehmen in Bayern muss Energie bezahlbar sein. Die energieintensiven Unternehmen in Bayern sind aufgrund ihres hohen Energiebedarfs akut bereits derart stark belastet, dass Standortverlagerungen und damit ein massiver Verlust an Arbeitsplätzen zu befürchten sind.

Die Staatsregierung wird daher aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die energieintensiven Unternehmen umgehend mit einem wirksamen Maßnahmenpaket von den Kosten der sehr stark gestiegenen Energiepreise entlastet werden, das insbesondere die unverzügliche Abschaffung der Erneuerbare-Energien-Gesetz-Umlage (EEG-Umlage), die Senkung der Stromsteuer auf das europarechtlich mögliche Minimum sowie einen Ausgleich für energiewendebedingte Strompreissteigerungen im Rahmen der sogenannten Strompreiskompensation umfasst.

Der Landtag fordert die Staatsregierung auf, sich auf Bundes- und europäischer Ebene für Optionen für einen Industriestrompreis einzusetzen, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit energieintensiver Industrien zu sichern („Price-Cap“). Weiterhin soll sich die Staatsregierung für einen möglichst umfassenden Carbon-Leakage-Schutz im Rahmen der nationalen CO₂-Bepreisung einsetzen.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident